

Blick nach Afghanistan

Wie geht es den Menschen im Land, wie ist die politische Lage und welche Hilfe ist nötig? Erfahrungsberichte

Nun gehen die Kinder ohne Angst in die Schule

Alle unsere Projekte, vor allem Schulen, Ausbildungszentren und eine Universität, laufen ungestört weiter. Der neue Gouverneur der Provinz-Hauptstadt Dschalalabad, ein Talib, hat dazu aufgefordert, die Schulen zu besuchen. Alle Buben und Mädchen, Lehrerinnen und Lehrer kommen jeden Tag zum Unterricht – jetzt ohne die Angst der vergangenen Jahre vor den Drohnenangriffen der US-

durchweg Einheimische, nicht auffordern, das Land zu verlassen. Die Taliban brauchen Gebildete, die das Land kulturell und wirtschaftlich stabilisieren.

Es ist falsch, die Taliban zu dämonisieren. Viele Menschen, insbesondere aus der Gruppe der Paschtunen, haben sie unterstützt, weil sie eine Alternative darstellen zur Regierung, die eine der korruptesten weltweit war.

Aktuell muss es die wichtigste Aufgabe von Politik und Hilfsorganisationen sein, die hungernde Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen.

Dr. Reinhard und Annette Erös, Mintraching, Kinderhilfe Afghanistan.

Schwerpunkte: Bildung. Seit Winter 2001 tätig in den Ost-Provinzen Nangahar, Kunar, Laghman, Khost, Paktia, Paghman und in West-Pakistan



Eine Mädchenschule der Afghanistanhilfe und ein Dorf in Daykundi.



Armee und den Schießereien mit den Taliban oder den Selbstmordanschlägen der verhassten IS-Terroristen. Wir installieren derzeit Photovoltaik-Anlagen auf allen Kliniken und Arztpraxen in der Provinz Nangahar. Damit verbessern wir die medizinische Versorgung der ca. 1.8 Millionen Menschen, vor allem in den abgelegenen Dörfern. Seit Juli verteilen wir täglich ca. 700 Lebensmittel-Pakete an hungernde Flüchtlingsfamilien in Kabul.

Unseren knapp 2000 einheimischen Mitarbeitenden geht es gut, sie arbeiten ganz normal weiter. Der neue Gouverneur ist dankbar, dass wir uns weiterhin in der Provinz engagieren und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

Minderheiten werden diskriminiert

Wir betreiben in fünf verschiedenen Provinzen rund ein Dutzend Gesundheitseinrichtungen in sehr abgelegenen Ortschaften und ein großes Distrikt-Spital. In diesem Bereich sind keine größeren Einschränkungen spürbar. Anders ist das im Bereich Bildung, hier dürfen die Mädchen im Stammesgebiet der Hazara die Schule nur noch bis zur sechsten Klasse besuchen. Im Paschtunengebiet können die Mädchen weiterhin die Mittelstufenreife – bis zur 9. Klasse – absolvieren. In den von uns betriebenen Waisenhäusern gibt es Anordnungen, dass die Mädchen

keinen Sport mehr ausführen und keine weiterführenden Schulen besuchen dürfen. Zurzeit leisten wir nebst den laufenden Projekten vermehrt Nothilfe in Form von Lebensmittelverteilungen. Die Not ist groß. Schätzungsweise 75% der Bevölkerung leidet akut an Hunger. Hier ist Hilfe dringend notwendig.

Die Menschen – insbesondere die Minderheit der Hazara und die Frauen und Mädchen – haben große Angst und sind Diskriminierungen ausgesetzt. Viele Menschen versuchen daher außer Landes und in Sicherheit zu flüchten. Uns erreichten Meldungen von Übergriffen und Folter. Die „Zusammenarbeit“ mit den neuen Machthabern ist äußerst herausfordernd, da noch keine offizielle Regierung besteht und unsere lokalen Partner in den unterschiedlichen Projektgebieten mit verschiedenen örtlichen Taliban-Vertretern in Kontakt treten müssen. Diese entscheiden oft unterschiedlich oder gar widersprüchlich

Die Bundesregierung wird ihrer Aufgabe nicht gerecht

medica mondiale arbeitet seit 20 Jahren mit einer afghanischen Partnerorganisation zusammen. Gemeinsam haben wir in Projekten viel für Frauenrechte und von Gewalt betroffene Frauen in Afghanistan erreicht. Mit der Machtübernahme der Taliban mussten wir unsere regulären Projekte im Land einstellen. Die Sicherheitslage für Frauenrechtsaktivistinnen hat sich dramatisch verschlechtert. Wir konzentrieren uns im Moment darauf, die Evakuierung unserer Kolleginnen sowie ihrer Familien zu unterstützen.

Die Lage für die Zivilbevölkerung wird immer dramatischer. Die Wirtschaft ist zusammengebrochen, es droht eine humanitäre Katastrophe. Besonders besorgniserregend ist die Situation für Frauen und Mädchen. In den



Blick auf Kabul aus dem Flugzeug. Der Schulbesuch ist für Mädchen in vielen Regionen nur eingeschränkt möglich.



– dies spüren wir insbesondere im Bereich der Bildung für Mädchen. Zudem erlebte das Land eine große Dürre. Die Menschen wissen aktuell nicht, wie sie den Winter überleben können. Wir hoffen, dass die neue Regierung auf Provinz-Ebene bald steht, so dass einheitliche Regelungen und eine gewisse Sicherheit für Hilfemöglichkeiten bestehen. Mit diesen Vorgaben versuchen wir, unsere Hilfe an die Bedürfnisse der Menschen anzupassen.

*Michael Kunz, Schaffhausen, Afghanistanhilfe.
Schwerpunkt: Gesundheit und Bildung. Aktiv in fünf Provinzen: Bamyan, Daykundi, Ghazni, Paktia, Khost*

vergangenen Wochen wurden sie zunehmend aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Proteste von Frauen und Frauenrechtsaktivistinnen gegen diese Einschränkung ihrer Rechte werden mit Gewalt niedergeschlagen. Damit schüren die Taliban ein Klima der Angst, das die Frauen davon abhalten soll, ihre Stimme zu erheben und ihre Rechte wahrzunehmen.

Unsere afghanischen Kolleginnen haben sich in den vergangenen Jahren – auch mit Förderung der Bundesregierung – für Frauenrechte und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt. Eine Arbeit, für die sie mit ihrem Leben bedroht werden. Die Bundesregierung wird ihrer Verantwortung

nicht gerecht: Sie muss Frauenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie anderen gefährdeten Menschen, die sich für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und eine freie Gesellschaft eingesetzt haben, eine sichere Ausreise nach Deutschland ermöglichen.

*Sara Fremberg, Köln, medica mondiale.
Schwerpunkt: Einsatz gegen sexualisierte Gewalt. Bis vor kurzem tätig in Kabul, Herat und Mazar-i-Sharif*

Die Not wird immer größer

Die Wochen seit dem 1. Mai 2021 zählen zu den schwierigsten in der bisherigen Geschichte des Afghanischen



Frauen und Kinder auf dem Weg ins nächste Dorf.

Frauenvereins. Zwischen Mai und August 2021 erlebten wir an vielen Projektstandorten heftige Gewalt und Gefechte. Tausende Familien mussten fliehen. Parallel forderte die COVID-Delta-Variante viele Opfer und im Westen des Landes herrschte Dürre. Elf Millionen Menschen konnten nicht wie gewohnt ernten und leiden Hunger. Allein seit dem 1. Mai 2021 wurden eine Viertel Million Menschen innerhalb Afghanistans neu zur Flucht gezwungen, knapp drei Millionen Binnenvertriebene und zwei Millionen Vertriebene außer Landes, sind es nun insgesamt.

Mit der Übernahme Kabuls durch die Taliban am 15. August 2021 wurde es plötzlich still. Was sich abzeichnet, ist das Aufkommen einer riesigen humanitären Katastrophe. Es gibt kaum Geld im Land, die Preise vervielfältigen sich, das medizinische Versorgungssystem bricht zusammen.

Seit dem 19. August 2021 arbeiten 190 lokale Kolleginnen und Kollegen in Afghanistan unvermindert in unseren Projekten weiter. 14 von 15 laufende Projekte sind wieder

geöffnet und neue kommen hinzu: mobile Klinikteams leisten in den Straßen Kabuls medizinische Hilfe für obdachlose Binnenvertriebene, wir sind aktiv in unseren Gesundheitskliniken im ländlichen Raum, in unseren Schulen sowie Ausbildungsschneidereien.

Unsere größte Sorge aktuell gilt der weit verbreiteten Unterernährung. Eine aktuelle Studie der Weltgesundheitsorganisation hat erfasst, dass 22,8 Millionen Menschen, über die Hälfte der afghanischen Bevölkerung, in den kommenden Monaten von Hunger bedroht sind, davon 3,2 Millionen Kleinkinder. Aktuell sind wir in Vorbereitung eines großen Winternothilfeprogramms, das geflüchtete und Not leidende Familien in vier Provinzen mit zwei Monatsrationen Grundnahrungsmitteln, mit Gasöfen und Heizmaterial sowie Hygienematerialien zum Schutz vor Corona versorgt.

Afghanistan darf jetzt nicht im Stich gelassen werden. Weder von der internationalen Gemeinschaft und den Verhandelnden in der Politik, noch von Spenderinnen und Spendern. Die unschuldig leidende Bevölkerung braucht im Angesicht der enormen humanitären Not im Land dringend unsere Hilfe.

Auf politischer Ebene ist es essentiell, dass die internationale Gemein-

schaft genau verfolgt, was im Land geschieht, und finanzielle Zusagen konsequent an die Einhaltung der Frauen- und Menschenrechte knüpft. Abwarten wie bisher ist politisch keine gute Lösung. Denn mit geschlossenen Banken im Land sinkt die Wirtschaftsleistung und die Kaufkraft der Bevölkerung kontinuierlich weiter, Hunger und Unterernährung in der Bevölkerung wachsen rasant. Das medizinische Versorgungssystem kollabiert aktuell. Allein 2.500 Kliniken, die von internationalen Akteuren betrieben werden, sind geschlossen. Staatliche Kliniken haben kein Geld mehr für Gehälter und Medikamente. Außerdem muss mehr humanitäre Hilfe im Land mobilisiert werden. Wir hoffen, dass zunehmend mehr internationale Nichtregierungsorganisationen in das Land zurückkommen.

*Christina Ihle, Hamburg, Afghanischer Frauenverein.
Schwerpunkte: Mädchenschulen, Basisgesundheitsstationen, Brunnenbau, Nothilfe für Binnenvertriebene, Förderung von Mädchen und Frauen in extremer Not.
Tätig in den Provinzen Kunduz, Ghazni und Kabul*

Frage an den Flüchtlingsrat

In Baden-Württemberg leben viele Afghaninnen und Afghanen, die hoffen, dass ihre Familien nachziehen können. Warum geschieht dies nicht?

Derzeit warten bundesweit 4000 Anträge auf Familiennachzug aus Afghanistan auf ihre Bearbeitung. Die Kapazitäten zur Bearbeitung der Visa-Anträge sind viel zu gering. Wir fordern die Landesregierung auf, beim Bund darauf hinzuwirken, dass diese in jeder deutschen Botschaft der Region bearbeitet werden. Hierfür muss das Personal in den Botschaften aufgestockt werden. Für die Visumserteilung sollte eine Globalzustimmung des Innenministeriums genügen. Es ist nicht zumutbar, dass Menschen, die in Afghanistan unter Lebensgefahr ausharren, ein langwieriges Visumsverfahren durchlaufen müssen. Und es ist in dieser Situation auch nicht hinnehmbar, dass ledige erwachsene Töchter und Söhne nicht miteinbezogen werden.

Darüber hinaus sollte sich die Landesregierung dafür engagieren, dass der Bund großzügig Menschen aufnimmt. Thüringen wollte ein Landesaufnahmeprogramm starten, Innenminister Seehofer hat sich dem entgegengestellt.

Mit einem Landesaufnahmeprogramm könnten gefährdete Afghaninnen und Afghanen, die Verwandte in Baden-Württemberg haben, schnell und unbürokratisch zu uns kommen. Und auch afghanischen Geflüchteten, die in Transitstaaten wie der Türkei gestrandet sind, könnte so die Einreise er-

möglicht werden. Mit unserer Afghanistan-Petition wenden wir uns an die Politik und freuen uns über Unterschriften.

*Sadiq Zartila,
Sprecherkreis Flüchtlingsrat Baden-Württemberg*

Frage an die Landespolitik

Wird es angesichts der dramatischen Situation in Afghanistan ein Landesaufnahmeprogramm geben – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen?

Derzeit gibt es keine Überlegungen bezüglich eines Landesaufnahmeprogramms. Ob ggf. zu einem späteren Zeitpunkt ein solches initiiert wird, ist noch nicht entschieden. Wir befürworten eine gut koordinierte Lösung zwischen Bund und Ländern und unterstützen eine großzügige Lösung auf Bundesebene. Die Frage nach einem Landesaufnahmeprogramm stellt sich derzeit bereits deswegen nicht, da die Entscheidung über die Genehmigung möglicher Landesaufnahmeprogramme bei der Bundesregierung liegt. Bislang hat der Bund zum Ausdruck gebracht, dass er für Landesaufnahmeprogramme keinen Raum sieht. Die von Ihnen im Koalitionsvertrag angesprochene Passage enthält vor diesem Hintergrund ausdrücklich den Hinweis, dass Landesaufnahmeprogramme lediglich im Einvernehmen mit dem Bund möglich sind.

*Ministerium der Justiz und für Migration,
Baden-Württemberg*

Zurückgelassen: Zwei von vielen

Najibullah* ist eine ehemalige Ortskraft und lebt seit vielen Jahren in Deutschland. Einem seiner Söhne wurde der Familiennachzug vor Jahren verweigert, da er schon volljährig war. Er wurde von den Taliban als Racheaktion entführt und gefoltert – als „Ersatz“ für seinen in Deutschland lebenden Vater. Diesem wurden Fotos und Videos der Gräueltaten zugeschlickt. Die Bundesregierung hat es mehrfach abgelehnt, die Familie einreisen zu lassen. Die Begründung: Erwachsene Kinder zählen nicht zur »Kernfamilie« und sind daher vom Familiennachzug ausgenommen.

* Name geändert

Hamid* war elf Jahre bei der GIZ angestellt. Der 61-Jährige hat eine körperbehinderte Frau. Kürzlich drang ein Unbekannter in die Wohnung Hamids ein und randalierte, ein Sohn wurde krankenhausreif geschlagen. Hamid erhält regelmäßig Drohanrufe. Er verfügt über Nachweise, in denen er als wichtiger Mitarbeiter dargestellt wird, darunter ein Schreiben, in dem sein „herausragendes Engagement“ gelobt wird. Da seine deutschen Vorgesetzten früh aus Afghanistan abgereist sind, konnte er keine persönliche Gefährdungsanzeige stellen. Konkrete Rückmeldungen bezüglich einer Evakuierung oder Aufnahmezusage von seinen Vorgesetzten fehlen bislang. Eine Tochter lebt mit ihren Kindern in Deutschland, sie bangt um ihre Familie. * Name geändert

Buchtipps:

Die Seele Afghanistans erspüren



Der Klassiker:
Hosseini, Khaled:
Drachenläufer.
Übersetzt von
A. Naujokat,
M. Windgassen,
FISCHER Taschen-
buch, 2019



Beeindruckend:
Hosseini, Khaled:
Traumsammler.
Übersetzt von
Henning Ahrens,
FISCHER Taschen-
buch, 2014.



Das Literarische Quartett lobt:
Waldman, Amy:
Das ferne Feuer.
A. d. Engl. von
Brigitte Walitzek,
Schöffing, 2021.